

Hinweise zum Vertrag Tragwerksplanung

Vorbemerkungen zu dem Vertragsmuster

Es handelt sich um ein Vertragsmuster für Ingenieurleistungen im Zusammenhang mit der Tragwerksplanung für **Gebäude / Ingenieurbauwerke** oder ein **sonstiges Bauwerk**. Soweit im Vertrag Festlegungen (Vereinbarungen) zu treffen sind, sind in den dazu vorgesehenen Feldern **Ankreuzungen** vorzunehmen und bei Leerzeilen entsprechende Eintragungen zu den im Einzelfall getroffenen Vereinbarungen zu machen.

Zum **01.01.2021** ist eine **neue HOAI** in Kraft getreten. Das **neue** an dieser Verordnung ist, dass die Vorgaben zu den Honoraren nur noch Empfehlungen sind (mit einem **Basishonorar**- und einem **oberen Honorarsatz** anstatt bisher Mindest- und Höchstsatz), an denen man sich grundsätzlich bei Ausschreibung, Angebotsabgabe und Vertragsabschluss „orientieren“ kann. Anders als früher sind die Honorare also **nicht** mehr **verbindlich** bzw. **zwingend geregelt**. Das bedeutet - einfach formuliert - dass ab 01.01.2021 auch Honorare vereinbart werden können, die von den Vorgaben / Berechnungen in der HOAI abweichen (zum Beispiel durch die Vereinbarung von Pauschalen / Berechnung auf anderer Grundlage als der Kostenberechnung / Zusammenfassung von mehreren Objekten etc.). Es besteht aber auch die Möglichkeit, sich an diesen Vorgaben / Berechnungen und Honoraren zu orientieren und diese zu vereinbaren. Wegen der weiteren Einzelheiten im Zusammenhang mit diesem Vertragsmuster wird auf die Anmerkungen zu § 5 verwiesen. Bei Änderungs- und Zusatzleistungen gilt das, was im Vertragsmuster bei § 14 eingestellt ist.

Unabhängig von der neuen HOAI ist bitte immer **zu beachten**, dass **der Vertrag** und die Honorarvereinbarung **schriftlich** durch Ausfüllen dieses Vertragsmusters und **Unterzeichnung durch beide Vertragsparteien erfolgen muss** (das genügt auch der neu in der HOAI geforderten Textform nach § 126 b BGB).

Anwendungsbereich

Das Vertragsmuster soll Anwendung finden, wenn Leistungen für die **Tragwerkplanung** beauftragt werden sollen. Das Vertragsmuster ist so angelegt, dass der Tragwerkplaner nicht federführend tätig ist, sondern der Objektplaner (Architekt oder Ingenieur, der das eigentliche Bauwerk plant und dessen Errichtung überwacht).

Das Vertragsmuster stellt bei der Leistungsbeschreibung (= vertraglich vereinbarte Leistungsumfang im Sinne von § 650 p Abs. 1 BGB) unverändert auf das Leistungsbild der HOAI ab (Anlage 14). Die **Anlage „Leistungsbild Tragwerksplanung“** soll immer Vertragsbestandteil werden (wegen der Bewertung der Einzelleistungen und der im Einzelfall zu beauftragenden Besonderen Leistungen, die in der Anlage zu ergänzen wären = soweit beauftragt).

Vertragsabschluss

Der Vertragsabschluss steht generell unter dem Vorbehalt der kirchenaufsichtlichen Genehmigung, was auch für Änderungen und Ergänzungen des Vertrages gilt. Einzelheiten dazu sind in § 17 des Vertragsmusters enthalten.

Angaben zu den Vertragsparteien

Zu Beginn des Vertragsformulars ist der jeweilige Auftraggeber und dessen vertretungsberechtigte Organe oder Personen vollständig zu benennen. Das Gleiche gilt für den zu beauftragenden Ingenieur (dessen Ansprechpartner werden auch noch einmal in § 12 eingestellt).

zu § 1 – Gegenstand des Vertrages (Werkerfolg, Planungs- und Überwachungsziele, stufenweise Beauftragung)

- § 1.1.0

Hier soll der **Vertragsgegenstand** bezeichnet werden (genaue **Angaben zu der baulichen Anlage** und deren Anschrift, für die der Ingenieur Leistungen der Tragwerksplanung erbringen soll). Alle erforderlichen Angaben zur Konkretisierung des jeweiligen Vertragsgegenstandes sind einzutragen (im Einzelfall zu ergänzen). Beim Gegenstand des Vertrages sollte hier schon klargestellt werden, ob es sich um einen *Neubau, Erweiterung, Umbau, Modernisierung* oder eine *Instandhaltung / Instandsetzung* handelt (bezogen auf das Tragwerk, wobei man dann bei den **Honoraren § 5.1 Alternative 1 Vereinbarungen zu den Zuschlägen / mitzuverarbeitende Bausubstanz** etc. treffen muss). Trifft man eine andere Honorarvereinbarung (Pauschalhonorar = **Alternative 2** bei § 5 Grundleistungen), muss das nicht geschehen.

Sodann sind **2 Alternativen** vorgesehen (das Gewollte ist anzukreuzen). **Regelfall** soll die **Alternative 1** sein (möglichst genaue Beschreibung der Planungs- und Bauaufgabe und der Planungs- und Überwachungsziele).

Alternative 1:

Sind die Planungs- und Überwachungsziele gem. § 650 p Abs. 1 BGB bereits bekannt und waren diese Bestandteil **einer konkreten Aufgabenbeschreibung** (im Rahmen der Ausschreibung / Angebotseinholung), ist die **1. Alternative** durch Ankreuzen zu kennzeichnen. Die *Aufgabenbeschreibung, Beschlüsse, Konzepte* etc. sind dann einzustellen und als Anlage dem Vertrag beizufügen (am Ende des Vertragsmusters zu ergänzen = als **Anlage zu § 1.1.0 Beschreibung des Bauvorhabens und der Planungs- und Überwachungsziele** durch Ankreuzen kennzeichnen und dem Vertrag beifügen). Im Einzelfall sind alle weiteren planerischen Vorgaben zu ergänzen. Bei diesen Vorgaben als Planungs- und Überwachungsziele kann es sich beispielhaft um Angaben zu *geforderten Quantitäten / Qualitäten / Funktion / besonderen Anforderungen (Flächen/Nutzern etc.) / Kosten und Terminen* etc. handeln. Das ist entweder in einer **Anlage zu § 1.1.0** aufzunehmen und in der Leerzeile einzustellen und dann am Ende des Vertrages zu erwähnen oder aber in den freigehaltenen Leerzeilen durch verbale Erläuterungen einzustellen.

Alternative 2:

Sind die Planungs- und Überwachungsziele noch nicht bekannt, ist die **2. Alternative** kenntlich zu machen (durch Ankreuzen). Dann hat der beauftragte Ingenieur unabhängig von dem beauftragten Leistungsumfang zunächst einmal nur die Planungsleistungen zu erbringen, die zur Ermittlung der Planungs- und Überwachungsziele erforderlich sind. Gleichzeitig hat er hierfür im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen einen Beitrag für die Kosteneinschätzung vorzulegen, die in der Regel der beauftragte Objektplaner für das Gebäude / Ingenieurbauwerk oder das sonstige Bauwerk zu erbringen hat. Das entspricht der gesetzlichen Regelung von § 650 p Abs. 2 BGB.

In diesem Falle soll vereinbart werden, welche konkreten Grundleistungen zur Klärung der Planungs- und Überwachungsziele zu erbringen sind. Im Regelfall werden das die Grundleistungen der Leistungsphase (LPH) 1 sein. Gegebenenfalls kann man im Einzelfall auch Leistungen aus LPH 2 zusätzlich vereinbaren. Diese müssen dann in der **vorgesehenen Leerzeile eingestellt** werden (**Beispiel: Grundleistungen LPH 1 und LPH 2 a, b aus der Anlage „Leistungsbild Tragwerk“**). **Alternative 2** soll so nur ausnahmsweise beauftragt werden; die **Regel** soll die Vereinbarung von Planungs- und Überwachungszielen in § 1.1.0 sein (= **Alternative 1** mit der zugehörigen Anlage).

Nach Vorlage der Leistungen zur Ermittlung der Planungs- und Überwachungsziele und der Kosteneinschätzung kann innerhalb einer Frist von 2 Wochen nach Zugang dieser Unterlagen die **schriftliche Kündigung** von dem Bauherrn erklärt werden (§ 650 p Abs. 2 i.V.m. § 650 q Abs. 1 BGB, § 650 h BGB). Bei einer Kündigung sind dann nur die bis dahin erbrachten Leistungen zu vergüten. Weitergehende Ansprüche bestehen nicht (§ 650 q Abs. 3 BGB). Erfolgt keine Kündigung innerhalb der 2-Wochen-Frist, bleibt der Vertrag bestehen (mit dem beauftragten Leistungsumfang nach § 1.4.0 / § 2).

Diese Regelung gilt auch, wenn stufenweise nach § 1.4.0 beauftragt wird und die Planungs- und Überwachungsziele noch nicht vereinbart worden sind (auch dann kann z.B. bei Beauftragung LPH 1 - 4 nach Vorlage der in § 1.1.0 Alternative 2 vereinbarten Leistungen mit Kosteneinschätzung nach § 650 r BGB gekündigt werden).

- § 1.2.0

Hier sieht der Vertrag eine lediglich **unverbindliche** Kostenobergrenze vor, welche der beauftragte Ingenieur bei Erbringung der ihm obliegenden Leistungen der Tragwerksplanung zumindest auch versuchen soll, einzuhalten. Es handelt sich um eine **unverbindliche** Zielvorgabe und um keine vereinbarte Beschaffenheit im Sinne des Mangelrechts (§ 633 BGB). Wird diese Vorgabe nicht erreicht, ist im Rahmen der beauftragten Leistungen zu entscheiden, ob weiter realisiert wird (bei stufenweiser Beauftragung). Die Kostenangaben in den Kostenermittlungen als solche und die entsprechenden Beiträge dazu des Tragwerkplaners müssen unabhängig davon richtig sein. Fehler dabei stellen Pflichtverletzungen dar, die zur Nachfüllung verpflichten. Auf Kostensteigerungen während der Planung muss der Ingenieur ohnehin hinweisen, wenn es die Tragwerksplanung betrifft. Die Regelung sieht außerdem vor, dass die nur als unverbindlich vereinbarte Kostenobergrenze bei Änderungen der Planungs- und Überwachungsziele angepasst werden soll. Scheitert eine Vereinbarung zwischen den Parteien zur Anpassung, soll die unverbindlich vereinbarte Kostenobergrenze unter Berücksichtigung der Mehr- und Minderkosten auf Grundlage üblicher Kosten fortgeschrieben und angepasst werden.

- § 1.3.0

Der beauftragte Ingenieur hat sich stets auch über das **Kirchenbaugesetz (KBauG)** und das Kirchengesetz zur Förderung des Klimaschutzes in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (KISchG) zu informieren und die dort genannten Anforderungen zu beachten. Sind im Einzelfall **weitere Anforderungen** zu berücksichtigen, sind diese **in den Leerzeilen zu ergänzen**.

- § 1.4.0

Hier wird allgemein der **beauftragte Leistungsumfang** definiert.

Zunächst ist durch **Ankreuzen** zu kennzeichnen, **welche Leistungen der Tragwerksplaner** für welche **Objekte** (*Gebäude / Ingenieurbauwerk / sonstiges Bauwerk*) erbringen soll und einzutragen **welche Leistungsphasen** beauftragt werden sollen. Kommen **Besondere Leistungen** dazu, sind diese bei §§ 2.2.2 erwähnt (wobei die Besonderen Leistungen dann auch in der **Anlage „Leistungsbild Tragwerksplanung“** einzustellen und mit Honoraren zu versehen sind). Sollten ausschließlich Leistungen der Tragwerksplanung für ein Ingenieurbauwerk mit diesem Vertrag beauftragt werden, ist zusätzlich eine Abstimmung mit dem kirchlichen Bauamt erforderlich.

Wichtig ist Folgendes:

Soll sich der beauftragte Leistungsumfang nur auf einzelne Grundleistungen oder Teile davon beschränken, ist das nach der Benennung in den Leerzeilen bei Satz 1 in § 1.4.0 einzustellen (**Beispiel:** - *die Leistungsphasen (LPH) 1 - 4* = was der **Regelfall** sein soll). Bei einer beabsichtigten Vollbeauftragung sind die LPH insgesamt einzustellen (**Beispiel:** - *die Leistungsphasen (LPH) 1-6* = nur **ausnahmsweise** bei kleinen Bauvorhaben).

Im **Regelfall** sollte **stufenweise** beauftragt werden (*Regelfall LPH 1 – 4*; möglich aber z.B. auch LPH 1 – 3). Neben den Grundleistungen aus den vereinbarten LPH werden auch die zugehörigen und im Einzelfall vereinbarten Besonderen Leistungen beauftragt.

Das Vertragsmuster sieht weiter vor, dass **neben den bei Vertragsabschluss sofort beauftragten Grundleistungen** (im **Beispiel:** *LPH 1 - 4*) auch die Grundleistungen der LPH 5 – 6 aus der **Anlage „Leistungsbild Tragwerksplanung“** und die zugehörigen Besonderen Leistungen **später als Option beauftragt werden können** (die Besonderen Leistungen sind dann schon in der **Anlage „Leistungsbild Tragwerksplanung“** einzustellen).

Die Option zur Weiterbeauftragung wird mit **schriftlichem Leistungsabruf** erklärt (bei dem jeweiligen Abruf ist genau zu erklären, welche Grundleistungen / Besondere Leistungen bezogen auf welchen Teil des Vertragsgegenstandes weiter erbracht werden sollen). Wird das Optionsrecht innerhalb von 6 Monaten nach Erbringung der letzten beauftragten Leistung (im o.g. **Beispiel: nach der letzten Leistung aus LPH 4**) ausgeübt, ist der beauftragte Ingenieur zur Leistungsausführung verpflichtet. Erfolgt der Leistungsabruf (Ausübung Optionsrecht) erst nach einem Zeitraum von 6 Monaten nach der letzten Leistungserbringung, ist der Abruf wirksam, wenn der Ingenieur mit der Leistungsausführung beginnt und sich nicht auf den Ablauf der 6-Monatsfrist beruft.

Im Übrigen stellt die Regelung am Ende klar, dass aus der stufenweisen Beauftragung eine Erhöhung des Honorars nicht abgeleitet werden kann. Gleiches gilt für Ansprüche aus einer Verzögerung im Zusammenhang mit der stufenweisen Beauftragung.

zu § 2 – Allgemeine Pflichten und Spezifische Leistungspflichten des Ingenieurs

Grundsätzlich unterscheidet der Vertrag bei den **vereinbarten Leistungen** zwischen **Allgemeinen Leistungspflichten** = § 2.1 im Vertragsmuster, die bei der Erbringung aller Leistungen zu beachten und zu berücksichtigen sind, und **Spezifischen Leistungspflichten** = § 2.2 (zu vereinbarende **Grund- / Besondere Leistungen**). Diese Leistungspflichten hat der Tragwerksplaner gemeinsam mit dem **Objektplaner des Bauwerkes** (Gebäude / Ingenieurbauwerk/ sonstiges Bauwerk) zu erbringen; er bezogen auf die Tragwerksplanung.

- § 2.1 – Allgemeine Pflichten

Hier werden **Allgemeine Leistungspflichten** beschrieben, die von dem Ingenieur bei allen beauftragten Leistungen immer mit zu erbringen sind. Der Ingenieur wird verpflichtet, über alle bei Durchführung des Vertrages wesentlichen Angelegenheiten den Auftraggeber (Bauherr) zu unterrichten. Er wird bezogen auf die Leistungen der Tragwerksplanung zur Erörterung der Planungsergebnisse am Ende jeder einzelnen Leistungsphase verpflichtet und hat fortlaufend im Benehmen und nach Abstimmung mit den beauftragten Objektplaner zu prüfen, ob die vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele / Planungsinhalte / Kostenvorgaben etc. eingehalten werden können. Ist das nicht der Fall, hat er sofort schriftlich den Bauherrn und dem Objektplaner aufzuklären und Handlungsalternativen aufzuzeigen.

Bei Anordnungen / Weisungen / Wünschen des Bauherren ist von dem Ingenieur stets zu überprüfen, ob und wenn ja, welche Auswirkungen das auf die vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele hat. Der Ingenieur hat im Zweifel auch bei der Frage, ob weitere Planer hinzuzuziehen sind, beratend mitzuwirken. Außerdem wird er verpflichtet, bis zum Ende der vereinbarten Gewährleistungsfrist den Bauherrn zu unterstützen. Einzelheiten dazu ergeben sich aus den Vereinbarungen in § 2.1.1.2 und § 2.1.1.5.

Wichtig ist außerdem, dass bei § 2.1.1.8 konkret vereinbart wird, in **welcher Form Planungsunterlagen zur Verfügung gestellt** werden müssen. Diese besonderen Formate sind dann einzustellen. Hier wird es erforderlich sein, einen Abgleich mit dem Vertrag durchzuführen, der mit dem Objektplaner für das Gebäude / Ingenieurbauwerk / sonstige Bauwerk abgeschlossen wurde, für den die Tragwerksplanung erbracht werden soll. Ist nichts vereinbart (kein Kreuz gesetzt), besteht die Verpflichtung, die Planungsunterlagen in PDF und dwg- oder dxf-Format beizustellen. Die **Anzahl** der jeweiligen Planunterlagen in Papierform beträgt im **Regelfall 2**. Im Einzelfall kann in der Leerzeile eine andere (höhere) Anzahl eingestellt werden (soweit man von dem Regelfall 2-fach abweichen will).

- § 2.2 – Spezifische Leistungspflichten

Hier wird unterschieden in

- Grundleistungen (§ 2.2.1)
- Besondere (§ 2.2.2)
- Weitere notwendige Leistungen (§ 2.2.3)

- § 2.2.1 – Grundleistungen

Hier wird zunächst der Wortlaut der gesetzlichen Regelung zum Architekten- und Ingenieurvertrag wiedergegeben (§ 650 p Abs. 1 BGB). In den in jedem Fall erforderlichen Leistungen enthalten sein sollen die Leistungen aus der **Anlage „Leistungsbild Tragwerksplanung“**. Die **Angaben hier** müssen mit denen aus **§ 1.4.0 - stufenweise Beauftragung - übereinstimmen**. Die **Anlage „Leistungsbild Tragwerksplanung“** ist dem **Vertrag immer beizufügen**. In dem Muster zu dieser Anlage ist vermerkt, **dass Leistungen, die nicht beauftragt werden sollen, zu streichen sind** (in der Anlage durchstreichen, bitte nicht löschen).

Die anteiligen Prozentsätze des vereinbarten Gesamthonorars, das auf die jeweiligen Einzelleistungen entfällt, sind in der Anlage eingestellt (Grundlage ist die Bewertung des öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen *Siemon* zu den Leistungsbildern aus der HOAI). Werden ganze Leistungsphasen oder Teile davon nicht beauftragt, reduziert sich das vereinbarte Honorar um den auf die jeweiligen Leistungsphase / Teilleistung entfallenden Honoraranteil. Maßgeblich dafür ist die Bewertung in der **Anlage „Leistungsbild Tragwerksplanung“**. Das wird zusätzlich und allgemein noch einmal bei **§ 5.5** vereinbart. Werden Leistungen nicht beauftragt, ist der in der Anlage **„Leistungsbild Tragwerksplanung“** für jede Leistungsphase eingestellte Prozentsatz entsprechend zu korrigieren (z.B. Streichung LPH 3 e **Anlage „Leistungsbild Tragwerksplanung“** = ~~Mitwirken bei der Objektbeschreibung bzw. dem Erläuterungsbericht~~ = aus 15 % werden 14,5 %)

Sind Leistungen nicht erforderlich, entfällt der Honoraranteil für die nicht erforderliche Leistung ebenfalls. Auch das wird geregelt.

Stellt sich bei Rechnungsprüfung heraus, dass vereinbarte Leistungen nicht erbracht worden sind, kann der Honoraranteil gekürzt werden, wenn die Nachholung (Nacherfüllung) nicht mehr möglich ist oder nicht mehr von Interesse ist. Ist die Nacherfüllung möglich und noch von Interesse, muss dem Ingenieur zunächst die Gelegenheit zur Nacherfüllung unter angemessener Fristsetzung eingeräumt werden. Erst nach fruchtlosem Ablauf der Frist kann der Honoraranteil entsprechend reduziert werden.

- § 2.2.2 – Besondere und sonstige Leistungen

Hier wird auf die **Anlage „Leistungsbild Tragwerksplanung“** verwiesen. Dort sind im Einzelfall jeweils die **Besonderen Leistungen** einzustellen, die in der jeweiligen LPH erbracht werden sollen. Neben den **Besonderen Leistungen** sind dort dann auch **die vereinbarten Honorare** einzustellen (geregelt in § 5.2 Vertragsmuster).

Werden Leistungen nicht erbracht oder sind nicht erforderlich, gilt das Gleiche wie bei den vereinbarten Grundleistungen. Das wird zusätzlich und allgemein noch einmal bei § 5.5 vereinbart.

- § 2.2.3 – weitere notwendige Leistungen

Diese Regelung stellt klar, dass weitere zusätzliche Leistungen verlangt werden können, die notwendig sind, damit die vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele erreicht werden. Das entspricht der gesetzlichen Regelung in den §§ 650 p Abs. 1, 650 q Abs. 1, § 650 b Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BGB. Die Rechtsfolgen einer derartigen weitergehenden Leistung sind im Vertrag bei § 15 geregelt (die dann auch für Änderungen des Werkerfolgs = §§ 650 q Abs. 1, 650 b Abs. 1 Nr. 1 BGB gelten).

zu § 3 – Termine und Fristen

Können schon bei Vertragsabschluss verbindliche Vertragsfristen bestimmt und vereinbart werden, sind diese bei **§ 3.1** einzustellen.

Bei stufenweiser Beauftragung sollte im **Leistungsabruf** erklärt werden, bis wann die Leistungen zu erbringen sind. Dann sollte der Ingenieur dazu aufgefordert werden, die Vereinbarung schriftlich zu bestätigen.

Ohne verbindliche Vertragsfristen enthält § 3.2 und 3.3 allgemeine Regelungen zur Ausführung der vereinbarten Leistung.

zu § 4 – Aufgaben des Bauherrn

Hier werden im Vertrag Aufgaben und Mitwirkungshandlungen des Auftraggebers nach § 642 BGB geregelt. Ist bei Vertragsabschluss bekannt, welche weiteren Planer an dem Objekt beteiligt sind, sind diese bei § 4.2.0 einzustellen.

Bei der Vertragsabwicklung bitte darauf achten, dass bei Nichterfüllung dieser Verpflichtungen der Ingenieur den Bauherren in Annahmeverzug setzen kann. Nach Ablauf einer Frist zur Nachholung der Mitwirkungshandlung kann ein Entschädigungsanspruch begründet werden. Nach Ablauf einer Nachfrist besteht die Möglichkeit, das Vertragsverhältnis durch Kündigung zu beenden (durch den Ingenieur = § 642 BGB).

Wenn es im Einzelfall weitere Mitwirkungshandlungen oder Aufgaben des Bauherrn gibt, ist das bei 4.2.0 bei den Leerzeilen zu ergänzen.

zu § 5 - Vergütung

In § 5 werden Regelungen zu der vereinbarten Vergütung getroffen. Diese Vereinbarungen unterscheiden bei der Vergütung wie bei den vereinbarten Leistungen (§§ 2.2.1 - 2.2.2) in

- Vergütungsvereinbarung für beauftragte **Grundleistungen (§ 5.1)**
- Vergütungsvereinbarung für **Besondere** und sonstige **Leistungen (§ 5.2)**

Die jeweils gewollten Alternativen sind durch **Ankreuzen** zu kennzeichnen.

Im Einzelnen:

- § 5.1 – Grundleistungen

Hier sieht das Vertragsmuster **2 Alternativen** vor, die durch **Ankreuzen** gewählt werden können:

Alternative 1:

Die Honorarermittlung soll zunächst auf Grundlage der Empfehlungen der HOAI erfolgen (das soll bitte der **Regelfall** sein = **Basishonorarsatz**). Wird diese Variante gewählt, ist das durch **Ankreuzen** zu kennzeichnen.

Die Vereinbarung des **Basishonorarsatz** soll die **Regel** sein. Soll ein Honorar vereinbart werden, das den **Mindestsatz** bis hin zum **Höchstsat** übersteigt (Regelfall soll bitte der **Mindestsatz** sein), ist ein Prozentsatz zu ergänzen (**Beispiel Mittelsatz**: *Basishonorarsatz nach HOAI zzgl. 50% bis zum oberen Honorarsatz*). Neben der Ergänzung ist das durch **Ankreuzen** kenntlich zu machen.

Handelt es sich um Tragwerksplanung für unterschiedliche Bauwerke, sind bei Vorlage der Voraussetzungen des § 11 Abs. 2 HOAI die Bauwerke einzustellen, bei denen die anrechenbaren Kosten addiert werden sollen.

Die **Honorarzone** ist zu ergänzen (**Beispiel: III**). Das muss bei einer Tragwerksplanung für ein Gebäude ebenso wie für ein Ingenieurbauwerk erfolgen.

Handelt es sich nicht um ein Gebäude / Ingenieurbauwerk (= sonstiges Bauwerk), für das einer Tragwerksplanung benötigt wird (was die Ausnahme ist), kann man vereinbaren, dass man das Honorar berechnet wie bei Gebäude / Ingenieurbauwerke. Denkbar ist aber auch, in diesem Falle von **Alternative 2** Gebrauch zu machen.

Handelt es sich um **Bestandsbauwerke** (Umbauten / Modernisierungen / Instandhaltungen / Instandsetzungen), für die eine **Tragwerkplanung** erbracht werden soll, ist eine Vereinbarung darüber zu treffen, **ob** und wenn ja, **in welchem Umfang** die **mitzuverarbeitende Bausubstanz gem. § 2 Abs. 7 HOAI** mitberücksichtigt werden soll. Hier ist das Gewollte durch **Ankreuzen** kenntlich zu machen und im Einzelfall eine Vereinbarung in der Leerzeile vorzunehmen.

Es kann auch eine pauschale Erhöhung der anrechenbaren Kosten vereinbart werden (differenziert nach Leistungsphasen). Das muss im Einzelfall verhandelt und in den dafür vorgesehenen Leerzeilen eingestellt werden (z.B. **10.000,00 € bei LPH 1 – 3**). Nach HOAI 2021 kann man die vorhandene Bausubstanz auch ganz entfallen lassen. Dann muss man das ausdrücklich vereinbaren (= durch Ankreuzen = *mitzuverarbeitende Bausubstanz wird nicht mit berücksichtigt*)

Es folgen Regelungen zum **Umbau / Modernisierungszuschlag**, wobei die Höhe des Zuschlags im Einzelfall zu vereinbaren / einzutragen ist. (z.B. **10%**). Soll ein Zuschlag von 0% vereinbart werden, ist das durch **Ankreuzen** kenntlich zu machen.

Ganz am Ende der **Alternative 1** wird die Möglichkeit eröffnet, auf das nach **HOAI vereinbarte und berechnete Honorar** einen **Ab- oder Zuschlag** (prozentual oder pauschal) zu vereinbaren. Derartige Vereinbarungen sind nach HOAI 2021 zulässig.

Alternative 2

Diese Alternative sieht vor, dass z.B. auf Grundlage einer **Honorarermittlung** bei Vertragsabschluss das **Honorar pauschaliert** wird. Derartige Vereinbarungen sind nach der seit 01.01.2021 geltenden HOAI zulässig. Auch bei einer von der HOAI abweichenden Honorarvereinbarung (z.B. einer Pauschalhonorarvereinbarung) soll die in der **Anlage „Leistungsbild Tragwerksplanung“** eingestellte prozentuale Bewertung gelten. Werden Leistungen nicht erbracht oder sind diese nicht erforderlich, gilt das, was bei § 2.2.1 für diese Fälle geregelt ist (anteilige Honorarkürzung).

- § 5.2 – Besondere und sonstige Leistungen

Auch hier werden **Alternativen** vorgesehen. Die gewollte Alternative ist durch **Ankreuzen** zu kennzeichnen.

Alternative 1:

Entweder es wird ein Honorar mit einem **prozentualen Anteil des Honorars** vereinbart, das auf die Grundleistungen entfällt (das soll bitte der **Regelfall** sein). Dann müsste man das in der **Anlage „Leistungsbild Tragwerksplanung“** bei Vertragsverhandlung/-abschluss einstellen (bei der jeweiligen Besonderen Leistung).

Alternative 2:

Es kann aber auch hier ein Pauschalhonorar vereinbart werden. Auch das wäre in der **Anlage „Leistungsbild Tragwerksplaner“** einzustellen (bei der jeweiligen Besonderen Leistung).

- § 5.3 Aufwandshonorare und Stundensätze

Für den Fall, dass während der Vertragsabwicklung für bestimmte Leistungen Aufwandshonorare vereinbart werden, sollen Stundensätze fixiert werden. Möglich sind Aufwandshonorare nach dem Vertrag zum Beispiel bei Änderungs- und Zusatzleistungen (§ 13).

- § 5.4 – Allgemeine Leistungspflichten und denkmalrechtliche Genehmigungen

Mit dieser Regelung wird klargestellt, dass die **Allgemeinen Leistungspflichten** (§ 2.1), alle Leistungen im Zusammenhang mit den denkmalrechtlichen Genehmigungen und alle weiteren mit dem Vertrag vereinbarten Leistungen durch das vereinbarte Honorar erfasst und abgegolten sind.

- § 5.5 – nicht erbrachte / nicht notwendige Leistungen

Hier wird klargestellt, dass für den Fall, dass vereinbarte Leistungen, die im Sinne von § 650 p Abs. 1 BGB nicht erforderlich sind, auch nicht vergütet werden. Bei **Rechnungsprüfung** ist zu klären, ob **vereinbarte Leistungen im Einzelfall gar nicht erbracht worden** sind und als solche auch **nicht notwendig gewesen** sind. Ist das der Fall, ist der Honoraranteil dafür nicht zu zahlen (entsprechend den prozentualen Bewertungen in der **Anlage „Leistungsbild Tragwerksplanung“** bzw. bei den Besonderen Leistungen mit dem Honoraranteil, der auf die nicht erbrachte Leistung oder den Teil davon entfällt).

- § 5.6 – Nebenkosten

Hier sind die jeweiligen Vereinbarungen entsprechend dem Angebot und Verhandlungsergebnis durch **Ankreuzen** zu kennzeichnen und zu ergänzen.

- § 5.7 – Umsatzsteuer

Auch hier ist zu **kennzeichnen**, ob in den vereinbarten Honoraren die Umsatzsteuer enthalten ist oder nicht.

- 5.8 – Anrechnung von Vorvergütungen

Hier ist im Einzelfall zu regeln, ob eine bereits geleistete Vorvergütung (z.B. im Zusammenhang mit Wettbewerben oder Vorleistungen) angerechnet wird, was bei der Tragwerksplanung eher die Ausnahme sein dürfte.

zu § 6 – Zahlungen

Diese Regelungen verweisen auf die gesetzlichen Regelungen. Danach kann der Ingenieur in angemessenen zeitlichen Abständen für die nachweislich erbrachten Leistungen Abschlagszahlungen in Höhe des Wertes der erbrachten Leistungen verlangen. Sind die Leistungen nicht vollständig oder mangelhaft, kann man Zurückbehaltungsrechte geltend machen (in Höhe von mindestens des 2-fachen der geltend gemachten Forderungen = §§ 650 q Abs. 1, 632 a BGB).

Außerdem wird klargestellt, dass mit einer Zahlung auf eine Abschlags- und / oder Schlussrechnung kein Anerkenntnis verbunden ist.

Bei Schlusszahlungen gilt das, was in den §§ 650 q Abs. 1, 650 g Abs. 4 BGB geregelt ist. **Wichtig** ist es, mit Zugang der Schlussrechnung **Einwendungen gegen die Prüffähigkeit der Rechnung innerhalb von 30 Tagen in begründeter Form schriftlich** vorzubringen (*warum* die Schlussrechnung nicht prüffähig ist). Verstreicht die Frist, wird die Forderung fällig, auch wenn die Schlussrechnung nicht prüffähig ist. Einwendungen gegen die **Richtigkeit** der Rechnung kann man auch nach Ablauf der Prüffrist erheben.

zu § 7 – Haftpflichtversicherung des Ingenieur

Hier sind Angaben zur Höhe der Versicherung einzutragen. Die Höhe der Versicherung sollte sich nach der Gesamtinvestition richten (vor allem bei den *sonstigen Schäden*). Zu empfehlen ist, dass bei sonstigen Schäden auf 30% der Investitionssumme abgestellt wird. Sind 30% der Gesamtinvestitionskosten weniger als die Mindestversicherungssumme (250.000,00 €), sollte auf diesen Betrag abgestellt werden.

Für Personenschäden sollte davon unabhängig die Deckungssumme der Versicherung immer **3 Mio. €**, für sonstige Schäden **1 Mio. €** betragen. Die Deckungssummen bitte im Einzelfall jeweils einstellen.

Der Nachweis der Haftpflichtversicherung ist im Übrigen Voraussetzung dafür, dass Zahlungen geleistet werden müssen.

zu § 8 – Herausgabeanspruch des Bauherrn

Hier wird geregelt, dass der Ingenieur im Zweifel zu jedem Zeitpunkt verpflichtet ist, Unterlagen im Zusammenhang mit den beauftragten Leistungen an den Bauherrn zu übergeben.

zu § 9 – Kündigung des Vertrages

Hier wird im Großen und Ganzen das geregelt, was dem gesetzlichen Kündigungsrecht entspricht (§§ 648 und 648 a BGB). **Wichtig** ist, dass **vor Ausspruch einer außerordentlichen Kündigung** stets eine **Abmahnung** (angemessene Nachfrist mit Kündigungsandrohung bei wiederholtem Vertragsverstoß) ausgebracht werden muss.

zu § 10 – Abnahme

Hier wird die Abnahme geregelt. Wichtig ist der Hinweis, dass bei einer stufenweisen Beauftragung der Ingenieur Anspruch auf Abnahme immer dann hat, wenn die beauftragte Leistung vollständig erbracht ist. Ein **Beispiel**: Wird zunächst nur die **LPH 1 - 4 beauftragt**, kann der Ingenieur nach der vollständigen Erfüllung der LPH 4 Abnahme verlangen. Die Abnahme muss dann erklärt werden. Wird die Abnahme schriftlich unter Fristsetzung verlangt, muss **innerhalb der Frist erklärt** werden, aus welchem Grund unter Umständen nicht abgenommen wird (unter **Benennung mindestens eines Mangels** an den beauftragten Leistungen = **§ 640 Abs. 2 BGB**). Wird eine solche Abnahme erst verlangt, nachdem weitere Stufen (Leistungen) abgerufen = beauftragt worden sind, ist Abnahme erst nach Leistungserbringung der nun beauftragten Stufen möglich.

Gibt man eine zu Recht geforderte Abnahmeerklärung nicht ab, treten die Abnahmewirkungen ein.

Verlangt der Ingenieur Abnahme und setzt dafür eine Frist, muss innerhalb der Frist erklärt werden, ob abgenommen wird oder nicht. Soll nicht abgenommen werden, muss **mindestens ein Mangel an den beauftragten Leistungen benannt** werden, um die fingierte Abnahme zu vermeiden (§ 640 Abs. 2 BGB, der nach § 650 q Abs. 1 BGB auch beim Architekten- und Ingenieurvertrag gilt). In einem solchen Fall kann vom Ingenieur auch eine Zustandsfeststellung verlangt werden, die gemeinsam durchgeführt und protokolliert werden muss (§§ 650 q Abs. 1, § 650 g Abs. 1 – 3 BGB). Im Vertragsmuster wird das nicht eingestellt, weil es der gesetzlichen Regelung entspricht und aktiv vom Ingenieur geltend gemacht werden muss.

§ 10.4 stellt klar, dass eine konkludente Abnahme durch Zahlung einer Teil- oder Schlussrechnung nicht erfolgt. Gleichwohl sollte *vorsorglich* bei Zahlung einer Teil- oder Schlussrechnung immer erklärt werden, dass damit ein Verzicht auf die vereinbarte förmliche Abnahme nicht verbunden ist.

zu § 11 - Verjährung

Hier wird auf die gesetzlichen Verjährungsfristen verwiesen. Die Verjährung beginnt mit der jeweiligen Abnahme. Die Verjährungsfrist beträgt 5 Jahre (§ 634 a Abs. 1 Nr. 2 BGB).

zu § 12 – Vollmacht und Vertretung / Personaleinsatz des Ingenieurs

Hier sind Ansprechpartner und Vertreter des Ingenieurs einzustellen. Der Vertreter des Bauherrn ist im Vertragsrubrum zu benennen (zu Beginn des Vertragsmusters im Deckblatt). Die Ansprechpartner / Vertreter des Ingenieurs können unter den in § 14 genannten Voraussetzungen ausgetauscht werden.

zu § 13 – Änderungs- und Zusatzleistungen

Hier konkretisiert das Vertragsmuster das, was der gesetzlichen Regelung entspricht (§§ 650 q Abs. 1, 650 b BGB).

Wird der vereinbarte Werkerfolg oder die vereinbarten Planungs- und Überwachungsziele geändert oder aber Leistungen verlangt, die nicht vereinbart, aber notwendig sind, um den Werkerfolg / die Planungs- und Überwachungsziele zu erreichen, soll **zunächst Einvernehmen (Einigung) über die geänderte oder zusätzlich notwendige Leistung** und die **Auswirkungen auf das Honorar** erzielt werden. Gelingt eine solche Einigung, gilt das, was in diesen Fällen dann vereinbart wird (**§ 13.2**). Möglich ist auch, Aufwandshonorare zu vereinbaren. Es gelten dann die Stunden setze nach § 5.5 als vereinbart.

Gelingt keine Einigung, sieht § 13.3 vor, dass nach **Ablauf von 30 Tagen** nach Zugang des Änderungsbegehrens die Leistung in Textform (§ 126 b BGB) angeordnet werden kann (§ 650 b Abs. 2 BGB).

§ 13.4 sieht abweichend davon vor, dass eine Anordnung auch vor Ablauf der 30-Tagesfrist erfolgen kann, wenn die dort genannten Voraussetzungen vorliegen.

§ 13.5 sieht für die Folgen einer Änderungsanordnung bei fehlender Einigung über die Änderungs- und Zusatzleistungen im Sinne von § 13.3 vor, dass bei zusätzlichen oder wiederholten Grundleistungen infolge der Änderungsanordnung **und** einer Honorarvereinbarung für die Grundleistungen nach **Alternative 1 zu § 5 (= Berechnungshonorar nach HOAI)** diese so vergütet werden, wie die im Vertrag vereinbarten Grundleistungen (immer vorausgesetzt, es handelt sich nicht um unentgeltliche Mangelbeseitigung oder die Nacherfüllung einer Pflichtverletzung = z.B. mit *Basishonorarsatz Honorarzone III* und mit den in der Anlage „*Leistungsbild Tragwerksplanung*“ vereinbarten Prozentsätzen für die *tatsächlich erbrachten geänderte oder zusätzliche Grundleistung* und den vereinbarten Zu- / Abschlägen)

Wurde für die beauftragten Grundleistungen eine **Pauschalhonorarvereinbarung** getroffen (**Alternative 2 zu § 5**) oder handelt es sich bei den zusätzlichen oder geänderten Leistungen nicht um Grundleistungen (etwa Beratungs- oder Besondere Leistungen), sollen diese ohne Einigung im Sinne von § 13.3 nach den *tatsächlich erforderlichen Kosten mit angemessenen Zuschlägen für Allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn* vergütet werden (entspricht § 650 c Abs. 1 BGB).

zu § 14 – Sicherheitsleistung Ingenieur

§ 14 regelt, dass bei einem Sicherungsverlangen nach § 650 e BGB (Sicherungshypothek am jeweiligen Baugrundstück) Abwendungsbefugnis dergestalt besteht, dass eine Sicherheit nach § 650 f BGB (durch Hinterlegung oder Bankbürgschaft) gestellt werden kann.

zu § 15 – Schriftform

Hier wird *vorsorglich* geregelt, dass alle Änderungen / Ergänzungen des Vertrages schriftlich erfolgen müssen. Darauf bei der Vertragsabwicklung bitte unbedingt achten. *Vorsorglich* der Hinweis, dass auf die Schriftform wiederum durch konkludente Handlung verzichtet werden kann (etwa dadurch, dass man fortlaufend mündliche Änderungen vornimmt und den Vertrag anders „lebt“ als vereinbart). Das sollte vermieden werden.

zu § 16 – Weitere Vertragsbestandteile und Anlagen zum Vertrag

Hier wird auf die Anlagen verwiesen, die am Ende nach § 17 benannt werden. Weitergehende Unterlagen müssen hier erwähnt werden (bei den Leerzeilen und dann u.U. auch bei den Anlagen nach § 17 ergänzen).

zu § 17 Rechtswahl und Gerichtsstand

Vereinbaren Sie bitte immer, dass auf dem Vertrag deutsches Recht Anwendung findet.

Gerichtsstand für Streitigkeiten aus dem Vertrag ist immer das Amts- oder Landgericht zuständig, in dessen Bezirk der Auftraggeber seinen Sitz hat (bis 5.000,00 € Amtsgericht; darüber Landgericht).

zu § 18 – Kirchengemeinschaftliche Genehmigung

Der Vertrag steht unter der Bedingung, dass die kirchengemeinschaftliche Genehmigung erteilt wird (vgl. die Hinweise oben zu **Vertragsabschluss**).

Anlagen

Die Anlagen sind zu ergänzen (abhängig vom Einzelfall). Die Anlagen müssen dem Vertrag beigelegt werden und sollten *vorsorglich* von beiden Vertragspartnern paraphiert werden. Die **Anlagen ohne Felder** zum Ankreuzen sind **immer zum Vertragsbestandteil** zu machen und beizufügen.